

Der Alltag von Bremer Frauen im Ersten Weltkrieg

Am Nachmittag des 31. August 1914 ritt ein Leutnant durch Bremens Straßen, hielt an verschiedenen Stellen an, ein ihn begleitender Hornist blies in sein Horn, die überall sich drängende Menschenmenge verstummte und der Leutnant verlas mit kräftiger Stimme eine wichtige Mitteilung: die Erklärung des Kriegszustandes im Deutschen Reich. Jubel brach aus, den die Bremer Nachrichten am nächsten Tag so beschrieben:

„... immer wieder das Deutschlandlied, immer wieder Hurrarufe. ...Überall herrschte hellste Begeisterung. Ein Alpdruck ist vom Volk genommen, endlich hat es Gewissheit. ... Wie ein Tausend ist es über die Massen gekommen“.¹

Natürlich befanden sich inmitten der jubelnden Massen auch Frauen, genauso wie sie am folgenden Tag, dem 1. August, in der Menschenmenge waren, die sich eine halbe Stunde nach Verkündung der Mobilmachung auf dem Marktplatz versammelt hatte, auch wenn auf einem zeitgenössischen Foto mehr die sommerlichen „Kreissägen“ der Herren ins Auge fallen.²

Auch Frauen ließen sich von der allgemeinen Begeisterung dieses „Augusterlebnisses“ hinreißen, auch unter ihnen gab es solche, die „vaterländisch“ empfanden. Allerdings waren die Versammlungen der Kriegsbegeisterten in Bremen wie in allen größeren Städten, übrigens auch in den anderen kriegführenden Ländern, überwiegend von den bürgerlichen Mittelschichten und weniger von Mitgliedern der Arbeiterschicht getragen,³ Denn in diesem Milieu hatte es bis zuletzt öffentliche Appelle gegen die drohende Kriegsgefahr gegeben. Wie überall im Reich hatten auch die Bremer Sozialdemokraten noch am 28. Juli in sieben großen gut besuchten Versammlungen in verschiedenen Stadtteilen Bremens vor der Katastrophe eines Krieges gewarnt, gegen „das Völkermorden“ die Stimme erhoben.⁴ In einem Aufruf der Parteipresse, der Bremer Bürgerzeitung (BBZ), an die Parteimitglieder nach der Erklärung des Kriegszustandes wird der Krieg als „fürchterliche Selbstzerfleischung der europäischen Völker“ bezeichnet. Interessanterweise werden in diesem Appell besonders die Frauen angesprochen: Es sei klar, dass auf sie „die Schwere der Ereignisse doppelt und dreifach lastend fällt“. Ihnen, den Genossinnen, wird dennoch zusätzlich eine besondere politische Aufgabe zugewiesen, nämlich „in diesen ersten Zeiten ...im Geiste des Sozialismus für die hohen Ideale der Menschlichkeit zu wirken, auf dass die Wiederholung

¹ BN vom 1.7.1914.

² Foto abgedruckt in: Erhard Lucas, Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969, S. 24.

³ Dazu Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914-1918, Berlin 2013, S. 223.

⁴ BBZ vom 29.7.1914.

dieses namenlosen Unglücks verhütet wird, dieser Krieg der letzte ist“⁵. Das war natürlich eine völlige Überforderung der Frauen. Wie sollten die in den kommenden Härten des Kriegalltags, von denen die Verfasser dieses Aufrufs ja offenbar schon eine Vorstellung hatten, auch noch die Kraft haben, politisch zu missionieren?

Übrigens schien es auch in Kreisen des gutbürgerlichen Bremen nicht nur Hurra-Patriotismus zu geben. Überliefert ist die – wahrscheinlich einsame – Stimme einer Dame der gehobenen Gesellschaft, die diese allerdings in einem privaten Brief äußert, weil man ihr geraten hatte, ihre Meinung für sich zu behalten. Auguste Kirchhoff, die bekannte engagierte Frauenrechtlerin, Gattin eines Bremer Senators, schreibt in einem Brief an ihre Tochter: „... für mich ist der Krieg Massenmord, ein Verbrechen, und der ihn herbeiführt, ist ein Verbrecher, ... der Krieg [ist] Mord, Widersinn, Barbarei“.⁶

Auch in den nächsten Tagen nach der Mobilmachung drängte es allabendlich die Bremer und Bremerinnen auf die Straßen, „um Neues zu erfahren und den abziehenden Truppen das Geleit zu geben“, schreibt eine Bremer Bürgerin in ihr Tagebuch. Mittags und abends läuteten die Glocken sämtlicher Kirchen.⁷ Am 5. August fand ein „außerordentlicher Bettag“ statt, an dem sogar zwei Stunden lang geläutet wurde und in allen Kirchen der Stadt Fürbittgottesdienste stattfanden, in denen um höheren Segen für die deutschen Truppen gebeten wurde.⁸ Es muss eine ungeheure Erregung geherrscht haben, die auch hysterische Formen annahm, als Gerüchte über angeblich gesichtete französische Spione in Umlauf kamen. Aus Männern in Anzug und Joppe wurden über Nacht Soldaten in Feldgrau, die die Heimat verlassen mussten, um an die Front zu ziehen. Begleitet wurden sie von Ehefrauen, Müttern und Bräuten, denen trotz der allgemein gezeigten Begeisterung sicher eher zum Weinen als zum Lachen zumute war.

Front und Heimatfront

In welchem Verhältnis standen die „weibliche“ Heimatfront und die „männliche“ Front auf dem Schlachtfeld zueinander? Die doppelte Verwendung des militärischen Begriffs „Front“ zeigt schon, dass auch die Heimat verpflichtet war oder sich verpflichtet fühlte, ihren Beitrag zum Kampf zu leisten. „Unsere Männer und Söhne kämpfen draußen auf dem Felde

⁵ BBZ vom 2.8.1914.

⁶ Henriette Wottrich, Auguste Kirchhoff. Eine Biographie, Bremen 1990, S. 97.

⁷ Aus dem Tagebuch von Wilhelmine Buchholz, abgedruckt in: Eva Schöck-Quinteros u.a.(Hg.), Eine Stadt im Krieg. Bremen 1914 bis 1918, Bremen 2013, S. 30..

⁸ Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen Bd. 2, Bremen 1976 S. 606.

und auf dem Meere Schulter an Schulter. Wir Frauen wollen das Gleiche in der Heimat tun“, hieß es.⁹ Auch die Anwendung eines anderen Begriffs aus der Militärsprache – Mobilisierung - auf den Bereich des Zivilen verdeutlicht die gewünschte Verknüpfung beider Bereiche. Der 1915 gegründete Hausfrauenverein benennt als sein Ziel neben der allgemeinen Unterweisung der Frauen in Fragen der Hauswirtschaft „ihre Mobilmachung für die Kriegszeit im besonderen.“¹⁰ Gemäß einem Rundschreiben der Kriegsdeputation vom Dezember 1916 sollten Frauen durch ihr Handeln den „Geist opferwilliger Hingabe an das Vaterland“ beweisen und der kämpfenden Truppe das beruhigende Gefühl verleihen, sie, ihre Frauen, glaubten felsenfest an den siegreichen Ausgang des Krieges.¹¹

Auf privater Ebene durch Feldpostbriefe, durch Päckchen in beiden Richtungen, auf offizieller Ebene durch großflächige Unterstützungsaktionen der Wohlfahrtsverbände wurde eine ständige Kommunikation zwischen beiden Ebenen hergestellt. Dadurch dass auch die Zivilbevölkerung Opfer brachte und so die Opfer der Männer im Felde würdigte, konnte ein Gefühl von Kriegsgemeinschaft entstehen, das auch unter propagandistischem Aspekt für die Spitzen von Militär und Reich wichtig war. In diesem Zusammenhang spielten die sogenannten Liebesgaben als „emotionales Bindeglied“ eine wichtige – sowohl materielle als auch psychologische - Rolle¹². Deren Sammlung und Verschickung oblag einer besonderen Abteilung der Zentralen Hilfsausschusses vom Roten Kreuz, des im 1. Weltkrieg institutionalisierten Zusammenschlusses der meisten bisher getrennt arbeitenden Wohlfahrtsorganisationen. In den Gepäckhallen des Norddeutschen Lloyd an der Gustav Deetjen-Allee (heute Courtyard Hotel) gesammelt und an die Front geschickt wurde alles, was das Leben der Soldaten des Bremer Infanterie-Regiments Nr.75 erleichtern konnte: von Genussmitteln wie Likör und Zigarren über Lebensmittel des täglichen Bedarfs wie Käse und Wurst, obgleich diese an der Heimatfront immer knapper wurden, bis zu solch praktischen Dingen wie Toilettenpapier und Waschlappen - mit heran nahendem Winter ging es natürlich auch um warme Unterwäsche und Wolldecken.¹³ Die Leitung der Abteilung Liebesgaben lag weitgehend in weiblicher Hand, und zwar von Damen der „besseren“ Gesellschaft Bremens,

⁹ Aus einem Aufruf des Zentralen Hilfsausschusses (ZHA) vom Roten Kreuz für eine Kleidersammlung. BBZ vom 21.12.1915.

¹⁰ Zitiert nach Bernd Schlüter, Lebensmittelversorgung und Krieg: die kommunale Kriegsernährungswirtschaft in Bremen 1914-1918, Diss. Oldenburg 1998 (Ms.), S. 473.

¹¹ Zit. nach ebda.

¹² S. hierzu Larena Schäfer, Bremer Liebesgaben für die Front, in: Eva Schöck-Quinteros u.a. (Hg.), Eine Stadt im Krieg. Bremen 1914 bis 1918, Bremen 2013, S. 90.

¹³ Zusammenstellung ebda. S.93.

an ihrer Spitze Sonny von Engelbrechten, Wohlfahrtsaktivistin schon aus der Zeit vor dem Krieg.¹⁴

Nicht nur durch materielle Gaben sondern auch durch Sorge um den jeweils anderen/die andere waren beide „Fronten“ verbunden. Fürchteten Frauen um Leben und Gesundheit der Männer in Schützengräben und Granatenhagel, so machten diese sich Sorgen, ob und wie die Ehefrau daheim allein ohne den Ernährer den Alltag der Familie werde bewältigen können. Der ZHA zielte genau auf diesen Punkt ab, als er im Winter 1915 für eine Kleidersammlung zugunsten hilfsbedürftiger Bremer Familien warb: „Viele Millionen Tapfere sind draußen, sie alle sollen ruhigen Herzens an die Heimat denken und wissen, dass niemand sich sorgt und friert“. ¹⁵ Wenn es an der Heimatfront ruhig war, das heißt die Familien einigermaßen versorgt waren, stärkte das Kampfesmut und Durchhaltewillen der Soldaten.

Lebensmittelversorgung und soziale Ungleichheit

Zu einer geregelten Versorgung gehörte in erster Linie die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, und die klappte im Ersten Weltkrieg in Bremen wie im übrigen Reich nur höchst unzulänglich, eigentlich gar nicht. Der Hauptgrund für die Verknappung des Nahrungsmittelangebots war der Ausfall von Importen, bedingt durch die britische Handelsblockade, die gegen die deutsche Rüstungsindustrie gerichtet war, „die de facto auch zu einer Hungerblockade gegen die deutsche Bevölkerung geführt hatte“. ¹⁶ Schon in den ersten Tagen kam es zu Panikkäufen, was natürlich sofort zu Preiserhöhungen führte. Am 31. Juli und 1. August seien „ungewöhnliche Mengen eingekauft“ worden, meldet der Vorstand der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ und bittet seine Mitglieder, von „Hamsterkäufen“ abzusehen, damit nicht besser gestellte Mitglieder den weniger Bemittelten Waren wegkauften. Vor allem appelliert er an „unsere Hausfrauen“, Gerüchten entgegen zutreten, auch der „Vorwärts“ betreibe wie andere Händler Preistreiberei. „Lebensmittelwucher ist verabscheuungswürdiger als Geldwucher, zumal in Kriegszeiten“¹⁷. Um dieses Übel einzuschränken, wurden bereits im August 1914 Höchstpreise für Grundnahrungsmittel festgesetzt. Zunächst war dafür das stellvertretende Generalkommando in Altona zuständig, das während des Kriegszustandes die Exekutivgewalt innehatte, diese aber in Sachen Lebensmittelorganisation sehr bald an die zivile von Bürgerschaft und Senat getragene

¹⁴ Näheres zu Sonny (Sophie) von Engelbrechten im folgenden Beitrag von Edith Laudowicz..

¹⁵ BBZ vom 21.12.1915.

¹⁶ Münkler a.a.O. S. 585.

¹⁷ BBZ vom 3. und 4.8.1914.

Lebensmittelkommission übertrug.¹⁸ Die Einhaltung der vorgeschriebenen Höchstpreise war schwer zu kontrollieren, sie wurden von Händlern immer wieder überschritten, Das verschaffte natürlich den wohlhabenden Schichten Vorteile, die sich teure Lebensmittel immer noch leisten konnten und daher als begehrte Kunden von den Händlern bevorzugt wurden.

Erschwerend zu der sofort einsetzenden Preissteigerung kam gleich nach Kriegsausbruch als für die Bevölkerung spürbare Auswirkung die Arbeitslosigkeit hinzu, die infolge des Nachfragerückgangs in vielen Branchen z. B. der Metall-, Elektro- und Bekleidungsindustrie Arbeiter und Angestellte traf. Auch zahlreiche jüngere Frauen, die als Hausangestellte oder Verkäuferinnen ihr Brot verdient hatten, verloren ihre Stelle infolge der Kriegsrezession. Diese nahm allerdings 1915 mit dem beginnenden Rüstungsboom rasch ab. Auch weil immer mehr Männer eingezogen wurden, wurden bald Arbeitskräfte gesucht, auch immer mehr Frauen. Dazu später mehr..

Um die Preise einigermaßen in den Griff zu bekommen und Vorräte sicherzustellen, konnte die Lebensmittelkommission Lebensmittel wie Brotgetreide und Mehl bei den Landwirten beschlagnahmen und zum festgesetzten Höchstpreis aufkaufen. Außerdem verboten die Behörden ab März 1915 Brot und Mehl aus dem bremischen Staatsgebiet auszuführen. Zur Regulierung der Verteilung der knappen Güter wurde die Rationierung eingeführt: ab August 1915 gab es Brot nur noch auf Lebensmittelmarken, ab Februar 1916 galt das für Butter und im Folgenden für alle anderen Nahrungsmittel. Die Ausgabe von verbilligten Lebensmitteln an weite Kreise der Bevölkerung war dennoch unumgänglich. Wer anspruchsberechtigt war, wurde durch Einteilung der Bevölkerung in vier Gruppen nach Einkommenshöhe ermittelt.¹⁹ Die Teuerung nahm weiter zu. Musste eine fünfköpfige Familie vor Kriegsbeginn monatlich 86,90 Reichsmark für Nahrungsmittel ausgeben, so waren es 1916 bereits 152 RM, also eine Steigerung von 75%.²⁰ Ein Pfund Zucker kostete 1915 0,28 RM, 1918 mit 0,50 RM fast das Doppelte, der Preis für ein Pfund Margarine stieg in dieser Zeit von 1,00 RM auf 2,30 RM, der für einen Zentner Kartoffeln von 6,00 auf 10,00 RM²¹. Preise für Schuhe und Kleidung siegen ins Unermessliche **(Beispiele für Mäntel u.**

¹⁸ Hiezu grundlegend die Dissertation von Bernd Schlüter, Lebensmittelversorgung und Krieg: die kommunale Kriegsernährungswirtschaft in Bremen 1914-1918, Ms. Als Computer-Ausdruck Oldenburg 1998. Vgl. auch den Beitrag von Nico Wiethoff, „Gebt mir für meine Kinder Brot. Die Fensterscheiben sollt man einhauen“. Die Lebensmittelversorgung in Bremen während der Kriegsjahre, in: Schöck-Qinteros a.a.O., 291-319.

¹⁹ Schwarzwälder Bd. 2 und Nico Wiehoff a.a.O. S. 294.

²⁰ BBZ vom 23.9.1916)<

²¹ Angaben nach Schwarzwälder a.a.O. S.635.

Kostüme nennen inFN! s. Karteikarten). Insgesamt erhöhten sich die Lebenshaltungskosten zwischen 1914 und 1918 um das Dreifache.²²

Der zunehmende Mangel an Waren des täglichen Bedarfs und die drastische Preissteigerung verlangten den Frauen, die den Familienalltag zu bewältigen hatten, immer mehr an Einfallsreichtum, Energie und Opferbereitschaft ab. Mangel und Teuerung ließen die Ungleichheit in der Gesellschaft noch stärker hervortreten und die Verbitterung weiter Kreise über soziale Ungerechtigkeit steigen. Dabei schien die Ungleichheit in der Verteilung der knappen Güter mehr Unzufriedenheit hervorzurufen als die Knappheit selbst.²³ „Die Reichen haben alles eingekauft, und wir Armen müssen hungern und frieren“ hieß es in einer Eingabe „im Namen einer Frau für alle Frauen Bremens“ an den „hochwohlgeborenen Senat“. Und auch Dienstleitungen, die den Frauen Arbeit ersparten, seien ungerecht verteilt: „Es sind doch bloß die Ärmsten, die laufen nach Kohle, die Reichen kriegen alles fein ins Haus geliefert“.²⁴ Es wurde als Zynismus empfunden, wenn in Versammlungen bürgerlicher Frauenvereine Ratschläge erteilt wurden, wie Hausfrauen beim Fleischbraten Fett sparen könnten. „Was nützt diese Weisheit, wenn kaum jemals Fleisch gekauft werden kann? ...Frauen der besitzenden Klassen mögen das als hilfreich empfunden haben“.²⁵

Im Rahmen der Arbeit des Roten Kreuzes kam es zu Begegnungen zwischen den sozialen Milieus, die sich vor dem Krieg so nicht ergeben hatten. Für bürgerlichen Frauen bedeutete oftmals der Besuch in einer Arbeiterfamilie ein „Blick in eine andere Welt“, der sie erschrecken ließ. Es gab Ausrufe wie: „Aber diesen Arbeiterfrauen fehlt doch etwas, ja, das Nötigste. Sie haben ja gar keine Seele!“. Verständnislos blickte diese Dame auf eine Geschlechtsgenossin, die von harter Arbeit, Sorge um das tägliche Brot für ihre Kinder, „ewiger Hoffnungslosigkeit, ewige[m] Schacher mit dem Pfennig“ gezeichnet, freudlos und abgestumpft wirkte und vielleicht keine Mittel und keine Kraft mehr hatte, für ein „gemütliches“ Heim zu sorgen.²⁶ Kein Wunder, dass Arbeiterfrauen wohlgemeinte Besuche der Damen des Roten Kreuzes oft als unangenehm empfanden.

Die kämpferische Sozialdemokratin Helene Schweida, die spätere Ehefrau von Wilhelm Kaisen, machte auf einer Versammlung das herrschende Gesellschaftssystem „für die mangelnde Sicherstellung der Ernährung des Volkes verantwortlich“. Da es auf Privateigentum basiere, müsse es „Gewinnsucht züchten“. Bei der Verteilung der

²² Angabe bei Birte Kundrus, Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995, S.127.

²³ Vgl. hierzu Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg, Frankfurt/M. 1988, S. 53 und jüngst auch Münkler a.a.O. S.576.

²⁴ Anonyme Eingabe vom 6.3.1917, zit. nach Schlüter a.a.O. S. 489.

²⁵ Aus einem Bericht über eine Versammlung des Frauenstadtbundes BBZ vom 23.1.1915.

²⁶ „Artikel „Das Elend des Frauendaseins“, BBZ vom 26.2.1916.

Lebensmittel seien die Arbeiterfamilien benachteiligt, weil die Händler die „besseren Kreise“ bevorzugten und der Senat zu wenig dagegen tue. Die Rednerin, mehrfach von stürmischem Beifall unterbrochen, forderte staatliche Verteilungsstellen und Registrierung aller vorhandenen Lebensmittel – auch in den Speisekammern der Wohlhabenden. Sie appellierte an die Frauen, „nicht so stumpf weiterzuleben, wie sie durch den Krieg geworden sind“, sondern sich an den Kämpfen für eine bessere Gesellschaft zu beteiligen. Dabei wurde sie mehrmals von dem überwachenden Polizeibeamten ermahnt, nicht vom Thema abzuweichen. Ein ebenfalls anwesender Vertreter der kommunalen Lebensmittelkommission kritisierte die Rede als aufrührerisch und einseitig. Die Versorgung in Bremen sei besser als im übrigen Reich.²⁷ Der von Wilhelm II. beschworene Geist des Burgfriedens und der Volksgemeinschaft konnte auf Dauer eben nicht die sozialen Spannungen der wilhelminischen Klassengesellschaft überdecken, ja, sie traten sogar deutlicher hervor und führten in Bremen nach dem Krieg schließlich zur Ausrufung der Räterepublik.

Den Bremer Hausfrauen aller Stände wurde von Behörden und Frauenverbänden immer wieder dringend ans Herz gelegt, doch ja sparsam mit Lebensmitteln und Energie umzugehen. Sie sollten Kochkisten benutzen, um Gas und Kohle zu sparen, Hagebutten statt Beeren zu Marmelade verarbeiten, Obstkerne sammeln zur Gewinnung von Ölen, Küchenabfälle verwerten,²⁸ auf den Genuss von Weizenbrot, Semmeln und Kuchen ganz verzichten und dergleichen Ratschläge mehr. Helene Schweida verwahrte sich angesichts dauernder Appelle zur Sparsamkeit gegen den Vorwurf der Verschwendung. In der „breiten Masse der Bevölkerung“ sei es ohnehin auch in Friedenszeiten allein schon wegen des geringen Einkommens nötig, „mit allen Lebensmitteln sehr sorgfältig um[z]ugehen“.²⁹ In einem Vortrag eines auswärtigen Referenten zum Thema „Unsere Volksernährung und die deutsche Hausfrau“ wurde wieder einmal dringend vor Verschwendung gewarnt. Der Redner verstieg sich sogar zu der Aussage, Frauen, die Nahrungsmittel verschwendeten, seien „die gefährlichsten Feindinnen unserer Soldaten im Felde“. Als Leitspruch gab er aus: „Die deutsche Hausfrau muß den Krieg gewinnen“.³⁰ Das kann man wohl ein Abwälzen von Verantwortung nennen.

²⁷ Bericht über eine öffentliche Frauenversammlung im „Casino“ Auf den Häfen am 2.6.1916.BBZ 6.6.1916.

²⁸ Wie die Versorgungsprobleme im 1. Weltkrieg dazu führten, dass Abfall als Ressource entdeckt wurde,, war Gegenstand einer Sektion auf dem Historikertag 2012. Siehe Zusammenfassung im VHD-(Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands) Journal, Oktober 2013, S. 34.

²⁹ BBZ 23.1.1915.

³⁰ BBZ 19.2.1915.

Als eine weitere Maßnahme zum Umgang mit dem Mangel und gleichzeitig zur Disziplinierung von Frauen wurden kostenlose Kriegskochkurse eingerichtet, in denen Frauen beigebracht wurde, „wie man kriegsgemäß kocht. Die neuen Gerichte unter Verwendung von Blut, die Klippfischspeisen, die fettlosen Gerichte, alles hat den Beifall der Hausfrauen gefunden. Man sieht, dass man auch mit wenig Mitteln schmackhaft kochen kann und seine Familie richtig ernähren kann“.³¹

Es half alles nichts. Die Lebensmittel wurden knapper, die Preise stiegen. Die soziale Schere ging weiter auseinander. Auf die Bitte einer Mutter um zusätzliche Brotmarken, um die Kinder satt zu kriegen, reagierte Senator Spitta mit „Verwunderung“ darüber, „dass Sie und Ihre Familie sich mit dem Brot nicht besser haben einteilen können“.³² Die Frau eines Soldaten schickt ihre Erbsenmarken an Senator Biermann, den Vorsitzenden der Lebensmittelkommission: „Sie haben vielleicht mit Ihrem Einkommen ein größeres Interesse daran als eine arme Kriegerfrau mit fünf Kindern, die können sich keine Erbsen leisten, das Pfund zu 3,60 Mk.“³³ Es kam immer wieder zu Versorgungsengpässen; Grundnahrungsmittel, ganz zu schweigen von Genussmitteln wie Schokolade waren nur zu horrenden Preisen zu bekommen. Da konnte eine Frau von Glück sagen, wenn Mann oder Sohn im Felde die Möglichkeit hatte, „Fresspakete“ nach Hause zu schicken. Wilhelm Kaisen z. B., der als Unteroffizier in Nordfrankreich stationiert war, sandte seiner Helene Köstlichkeiten wie Butter, Käse, Reis, Gries oder Nudeln – entweder, weil er es aus den üppigeren Versorgungsrationen der Frontsoldaten abzweigen oder es bei der einheimischen Bevölkerung erwerben konnte. Als es bei den Nachbarn deshalb Gerede und Neid gab, bat ihn seine Verlobte, damit aufzuhören, obgleich sie ohne diese Hilfe oft nicht wusste, was sie für sich und ihren alten Vater kochen sollte.³⁴ Auch in den „besten Kreisen“ nutzte man diesen Versorgungsweg. Die großbürgerliche Sonny von Engelbrechten, eine bekannte Aktivistin im Zentralen Hilfsausschuss des Roten Kreuzes, fragte bei ihrem 19jährigen Sohn, der als Fähnrich in der Ukraine stand, an, ob er nicht als berittener Husar mit seinem Pferd „kleine Hamsterzüge unternehmen“ könne für die Familie; sie hätte so gerne Mehl, Fett und Butter und „zahle jeden Preis“.³⁵ So konnte also auch die Verbindung zwischen Front und Heimatfront funktionieren.

³¹ BBZ vom 26.1.1916.

³² Antwort Spittas vom 20.10.1916, zitiert nach Schlüter a.a.O. S.176 f.

³³ Brief vom 22.8.1918, zitiert nach Schlüter a.a.O. S.175.

³⁴ Hartmut Müller, „Wieder einmal habe ich vergessen, dass ich nur eine Frau bin“. Frauenalltag zwischen Politik und Liebe – Helene Kaisen im ersten Weltkrieg, in: B remisches Jahrbuch, Bd. 85 2006, S. 208-230, hier S. 226.

³⁵ Brief von Juli oder August 1917. Privatbesitz.

Schlangestehen, Schleichhandel. Hamstern

Die Unzufriedenheit über das Versagen der staatlichen Stellen bei der Lebensmittelversorgung wuchs. Vor den Geschäften wurden die Warteschlangen, von Bewohnern mit schwarzem Humor „Polonaisen“ genannt, immer länger. Es wurde lautstark geschimpft, gelegentlich auch geplündert.³⁶ Um die wachsende Missstimmung und damit steigende Kriegsmüdigkeit zu kanalisieren, wurde im Juli 1916 eine Beschwerdestelle eingerichtet, die der Bevölkerung das Gefühl geben sollte, ihre Klagen über Verknappung der Nahrungsmittel, Verschlechterung der Qualität - z.B. wurde Brot durch Zusatz von Rübenschnitzen und Holzspänen „gestreckt“ - oder über mangelnde Überwachung der staatlich festgesetzten Höchstpreise würden ernst genommen. Im Januar 1917, mitten im so genannten Steckrübenwinter, als die Menschen statt Kartoffeln, dem Hauptnahrungsmittel der ärmeren Bevölkerung, mit Steckrüben vorlieb nehmen mussten, erreichte die Zahl der Beschwerden mit 12 000 Eingaben ihren Höhepunkt³⁷.

Besondere Verbitterung herrschte über den so genannten Schleichhandel. Durch Verstecken und Zurückhalten von Lebensmitteln versuchten Landwirte und Händler einen Vorrat anzulegen, um ihn unter Umgehen der Höchstpreisgrenze zahlungskräftigen Kunden und Kundinnen anzubieten oder auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Staatlichen Stellen war klar, „dass die Bevölkerung auf einen gewissen Schleichhandel angewiesen“ [ist] und dieser also nicht ganz zu unterbinden sei³⁸. Die bekannte Bremer Firma Carl Franke, Maschinen- und Gaswerkbau, die im Krieg auf Rüstungsproduktion umstellte, konnte es sich leisten und gab ganz offen zu, im Umland Nahrungsmittel in großem Stil zu überkauften Preisen aufzukaufen, um „die Leute bei Kräften zu halten“³⁹. Der Schleichhandel hatte also „eine die gesellschaftliche Ungleichheit zugleich enthüllende und verstärkende Funktion“.⁴⁰ Von Gewerkschafts- und SPD-Seite wurde deshalb als einziges wirkungsvolles Gegenmittel die lückenlose Erfassung des vorhandenen Lebensmittelbestands bei Bauern und Händlern und die gleichmäßige Verteilung durch staatliche Stellen gefordert.

Eine weitere zwar ebenfalls nicht erlaubte, aber geduldete Methode der Lebensmittelbeschaffung war das Hamstern, an dem anders als beim Schleichhandel, den nur Zahlungskräftige nutzen konnten, alle sozialen Schichten beteiligt waren. Die Fahrt an

³⁶ Vgl. hierzu Dagmar Struckmann a.a.O. S.87.

³⁷ Vgl. dazu Nico Wiethof a.a.O. S. 310 f.

³⁸ Senator Bömers am 2.9.1918 im Rathaus, Protokoll einer Besprechung s. Schlüter a.a.O. S.527.

³⁹ Schlüter a.a.O. S. 524 f.

⁴⁰ Volker Ullrich, Kriegsaltag, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Erste Weltkrieg, München/Zürich 1994 S. 602-621, hier S. 609.

Wochenenden in überfüllten Zügen in die ländliche Umgebung, stundenlange Fußmärsche, um bei häufig unfreundlichen Bauersfrauen ein paar Pfund Kartoffeln oder ein paar Eier zu „ergattern“, waren anstrengend und auch demütigend. Umso katastrophaler war es, wenn diese Schätze wieder abgegeben werden mussten. „Wie manche arme Frau sieht man in den Wagen der 4. Klasse in den Abendzügen, die der Stadt zufahren, die bittersten Tränen weinen, weil ihr der Gendarm dies und das, was aus dem Kreise nicht ausgeführt werden darf und beschlagnahmt ist, wieder abgenommen hat.“⁴¹

Die mühselige und frustrierende tägliche Jagd nach Lebensmitteln war in erster Linie Sache der Frauen. Sie waren es, die stundenlang vor den Geschäften anstanden, teilweise schon des Nachts, um ja die knappe Margarine erwerben zu können, bloß um dann, als sie endlich an der Reihe waren, zu erfahren, dass die Vorräte bereits erschöpft waren. Besonders hart war es für diejenigen Hausfrauen und Mütter, die erwerbstätig sein mussten, weil der Ernährer „im Felde stand“ und die von Reich und Kommune gewährte Unterstützung zum Leben nicht ausreichte. Wie sollten sie die Zeit zum Schlangestehen aufbringen? Die Händler durften ihnen ja nicht einmal Waren zurücklegen, die sie abends nach der Arbeit abholen konnten. Verzweiflung und Erbitterung nahmen zu - aber auch der Wille zu Protest und Auflehnung.

Diese Stimmung wurde der Militärbehörde unheimlich, so sehr, dass sie von der sozialdemokratischen Presse, die natürlich darüber berichtete, „Mäßigung im Ton“ und das Unterlassen der „in scharfen Ausdrücken erfolgte[n] Hervorhebung von Interessen- und Klassengegensätzen“ verlangte, also Zensur ausübte. Berichte über Unruhen seien „geeignet, den Burgfrieden zu gefährden“⁴² Dieses Vorgehen stand im Einklang mit dem gleich zu Beginn des Krieges erklärten Belagerungszustand, der u.a. Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit bedeutete.

Lebensmittelproteste

Im April 1916 kam es zum ersten öffentlichen Protest, - und zwar Protest von Frauen. Der begann in einer Warteschlange vor der Brotkartenausgabenstelle in der Schule an der Elisabethstraße in Walle. Als die Ausgabe ins Stocken geriet, kam es zu lautstarken Unmutsäußerungen und Beschimpfungen der Behörden. Eine Menge von etwa 400 Frauen und Kindern besetzte die Schule und verlangte die Herausgabe von zusätzlichen

⁴¹ BBZ vom 7.9.1918.

⁴² Stellvertr. Generalkommando IX in Altona an den Senat am 17.5.1915. Zit. nach. Schlüter a.a.O. S. 175.

Lebensmittelmarken. Polizei räumte die Schule und verhörte die sogenannte Rädelsführerin, die immer wieder gerufen hatte: „Gebt mir für meine Kinder Brot. Hier bleibe ich stehen und gehe keinen Schritt weiter, Die Fensterscheiben sollte man einhauen.“ Anschließend stürmte eine Gruppe Frauen einen Bäckerladen in der Utbremer Straße 113.⁴³ Immer wieder gab es sowohl spontane als auch organisierte, von Frauen initiierte Lebensmittelunruhen, so dass sich der Senat bemüßigt sah, „Maßnahmen zur Verhinderung von Ansammlungen von Frauen“ zu beschließen. Sie bestanden in verstärkter Polizeiüberwachung.⁴⁴ Eine Frau aus gutbürgerlichem Haus notierte in ihrem Tagebuch leicht angeekelt: „an den Markttagen sind Schlägereien der Frauen an der Tagesordnung, ja, manchmal beißen sie sich sogar.“ Polizei müsse gelegentlich „mit blanker Waffe“ einschreiten.⁴⁵ In vielen Städten des Reichs kam es zu Protestversammlungen gegen die Lebensmittelteuerung, von denen die meisten Teilnehmer stets Frauen waren, deren Stimmung immer gereizter wurde. In der bereits erwähnten Bremer SPD-Frauenversammlung mit Helene Schweida im Juni 1916 zeigte sich die aufgestaute Wut und Bitterkeit in verbalen Attacken auf den anwesenden Beamten der Lebensmittelkommission mit Rufen wie „Jedes Wort von euch ist gelogen!“ und „Der gehört in den Schützengraben!“ Als er auf die vaterländischen Pflichten der Frauen hinwies, schallte ihm entgegen: „Wir haben kein Vaterland und wir wollen kein Vaterland.“ Ende Juni 1916 fanden mehrfach abends auf dem Spielplatz an der Nordstraße große Versammlungen von Frauen und Kindern statt, auf denen der Protest gegen die Lebensmittelknappheit mit dem weitergehenden Protest gegen den Krieg allgemein verbunden wurde und die regelmäßig von der Polizei aufgelöst wurden⁴⁶. Die Obrigkeit musste also besorgt sein. Respekt vor der Obrigkeit zeigte auch die Arbeiterfrau Anna Pöhland nicht. Zutiefst frustriert, als sie wieder einmal nach stundenlangem Anstehen leer ausgegangen war, organisierte sie spontan mit etwa 100 anderen Frauen einen Protestmarsch zum Sitz der Lebensmittelkommission in der Langenstraße in der Innenstadt. „Ach Mensch, es war für mich ein Genuß, die Frauen mit ihren Körben und Taschen so erbittert zu sehen. Diese Erbitterung!“ Senator Biermann, der Vorsitzende der Kommission, habe „sich verfärbt, als der die Menge vor der Tür sah“, schreibt sie noch ganz erfüllt von dem Ereignis an ihren Mann an der Front. Sie habe dem Senator ihre mitgebrachte Schnitte mit „altem grauen Schmalz unter die Nase gehalten“ und ihn gefragt, ob er glaube, dass man bei solcher Kost

⁴³ Nico Wiethoff, „Gebt mir für meine Kinder Brot. Die Fensterscheiben sollte man einhauen.“, in: Schöck-Quinteros u.a., a.a.O. S. 313 f. - StAB 3-M.2.h.2 Nr. 71.

⁴⁴ Ebda. S. 314-

⁴⁵ Ebda. S. 319..

⁴⁶ Vgl. hierzu Dagmar Stuckmann, „Gebt Raum den Frauen“. 100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen, Wiesbaden 2011, S. 90.

arbeiten könne. Sie und ihresgleichen bekämen wohl mit, welch „schöne Conserven und anderer Früchte“ in die Häuser der Wohlhabenden getragen würden; sie dagegen müssten mit „Schweinekartoffeln und trocken Brot“ vorlieb nehmen. Der Senator räumt ein, dass alles sehr teuer geworden sei. Und Frau Pöhlant bringt ihn in Verlegenheit, als er auf ihre entsprechende Frage zugeben muss, dass er keine Ahnung habe, wie viel die Soldatenfrauen an Unterstützung erhielten. „Ich sagte, das [sic!] es sehr traurig wäre, wenn er das nicht wisse.“ Dieser mutige Vorstoß der Frauen sprach sich schnell herum. „Allen Leidenden hat es Mut gemacht.“⁴⁷ Viel Erleichterung im Alltag der Frauen konnte er allerdings nicht bewirken.

Massenküche

Ob diese Erleichterung von der Einrichtung sogenannter Massenküchen geleistet wurde, zu der es wie in vielen anderen Städten des Reichs im Sommer 1916 auch in Bremen kam, ist nicht ganz sicher. Von Vorteil war, dass auf diese Weise den Frauen das mühsame Einkaufen und die Zubereitung warmer Mahlzeiten abgenommen werden konnte. Das war besonders für die erwerbstätigen Frauen interessant, aber nur solange diese Versorgungseinrichtungen schnell von ihrer jeweiligen Arbeitsstelle zu erreichen waren. Zu Beginn der kommunalen Massenküche am 24. Juli 1916 gab es vier Ausgabestellen: am Schlachthof, in Hillmanns Hotel, in der Grafen- und in der Werderstraße. Ihre Zahl erhöhte sich bis September des Jahres auf zwanzig in verschiedenen Stadtteilen. Die zunächst geplante Zahl von 10 000 Essen pro Monat (**PRÜFEN!!!!**) wurde schon im September 1916 überschritten und erreichte im Mai 1917 mit 543 813 Portionen ihren Höhepunkt.⁴⁸ Die Ziele dieser öffentlichen Volksküchen – rationellere Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Lebensmittel und Verbesserung der Ernährung ärmerer Volksschichten - scheinen in Bremen insgesamt erreicht worden zu sein. Es „gelang, weite Kreise der Einwohner Bremens vor schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder sozialem Abstieg zu bewahren“, urteilt Schlüter.⁴⁹ Diese Volksspeisung wurde unter der Verantwortung der Lebensmittelkommission und unter Mitwirkung des Zentralen Hilfsausschusses des Roten Kreuzes durchgeführt, zu deren drei bürgerlichen Vertreterinnen „drei Frauen aus den arbeitenden Kreisen“ hinzukamen, die vom

⁴⁷ Brief Anna Pöhlands an ihren Mann vom 15.6.1916, in: Doris Kachulle (Hg.), Die Pöhlands im Krieg. Briefe einer Arbeiterfamilie aus dem I. Weltkrieg, Köln 1982, S. 129 ff..

⁴⁸ Schlüter a.a.aO. S.376 f.

⁴⁹ Ebda. S. 163.

Bremer Gewerkschaftskartell vorgeschlagen wurden.⁵⁰ Die Frauen sollten die Zubereitung des Essens und die Verteilung kontrollieren. Sozialdemokraten forderten – vergeblich - die radikale Beschlagnahmung sämtlicher Lebensmittel für die „Zentrale für Volksspeisung“ - bei Landwirten, Händlern und in Privathaushalten. Außerdem sollten sich ihrer Meinung nach alle Bevölkerungskreise verbindlich aus den Massenküchen versorgen, „damit auch die Wohlhabenden endlich einmal die Unannehmlichkeiten zu tragen haben, die der Krieg bringt.“⁵¹ Diese Vorstellung der zwangsweisen Massenspeisung wurde übrigens auch in Behörden auf Reichsebene erörtert, dort allerdings nicht aus politischen, sondern aus pragmatischen Gründen wie dem rationelleren Umgang mit dem herrschenden Fettmangel⁵²; sie fand allerdings keine allgemeine Zustimmung. Die Massenküchen wurden nicht generell begrüßt, sondern eher als Notbehelf angesehen, nicht zuletzt deshalb, weil sie „den Ruch von Wohltätigkeit in den Augen der Bevölkerung nie ganz verloren“ und manche Frau, auch wenn sie es nötig gehabt hätte, aus Stolz das Angebot nicht annahm.“ Besonders linke organisierte Arbeiterfrauen in Bremen wehrten sich dagegen, „zu Objekten einer solchen `Fürsorge` herabgewürdigt zu werden“⁵³. Allerdings blieb ihnen oft nichts anderes übrig und im Laufe der Zeit nutzten auch immer mehr besser gestellte Bevölkerungskreise diese Volksküchen. Die Preise waren je nach Einkommen gestaffelt und im Laufe der Zeit wurde die Zahl der verbindlichen Abgabe von Lebensmittelmarken immer höher, was zu Protesten führte.

(Schlüter S. 383 prüfen!!) Konservative Kreise hielten diese Einrichtungen familienpolitisch für problematisch; sie seien geeignet, „die Pflege des Familiensinns und der Häuslichkeit ... - eine Kraftquelle deutschen Volkstums -“, zu beeinträchtigen.⁵⁴ So beschwor Senator Spitta wiederholt die Gefahr sittlicher Verwilderung als Folge eines Auseinanderbrechens der Familie herauf, wenn diese sich mittags nicht mehr um den heimischen Tisch versammele.

FN!! Bei Schlüter nachsehen!! Das war wohl der Grund, warum manche das Essen aus der Volksküche nur abholten und es zu Hause verzehrten, um so „die Intimität der Familie aufrecht zu erhalten“.⁵⁵ Trotz aller Vorbehalte und mehr oder weniger berechtigter Kritik wurde die kommunale Massenküche auch nach Kriegsende noch benötigt; sie endete in Bremen erst am 1. August 1920.⁵⁶

⁵⁰ Ebda. S. 371.

⁵¹ Aus dem Beitrag eines SPD-Redners in der Bürgerschaft am 17.6.1916, zit. nach Schlüter a.a.O. S. 374.

⁵² Dazu Ute Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, Göttingen 1989, S. 202.

⁵³ Pöhlands Kasten „Zur Volksspeisung in Bremen“ S. 147.

⁵⁴ Aus einer badischen Zeitung, von Mai 1916, zit. nach Birte Kundrus, Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995, S. 134.

⁵⁵ Ebda. S. 140.

⁵⁶ Schlüter a.a.O. S. 382.

Kriegsunterstützung

Frauen und Kinder von Soldaten bekamen als Ausgleich für den ausgefallenen Lohn des Ernährers eine Reichsunterstützung, zu der die Kommune Bremen zunächst zwei Drittel, später 100% zulegte. Uneheliche Kinder waren dabei laut Reichsgesetz ehelichen gleichgestellt, verloren aber bei Tod des Vaters das Recht auf Unterstützung. Die Höhe dieser Zuwendung wurde zwar im Laufe des Krieges erhöht, konnte die steigende Inflation jedoch nicht ausgleichen. Monatliche Haussammlungen des Roten Kreuzes wurden deshalb unverzichtbar. Nach Prüfung der Bedürftigkeit einer Soldatenfrau auf Basis ihres Antrags, auf dem der Lohn/das Gehalt des Ehemanns angegeben werden musste, konnte eine bestimmte Summe ausgezahlt werden. Das geschah unter der Verantwortung der „Senatskommission wegen Unterstützung der Familien von Militärmannschaften“, die diese Aufgabe an den von den Bremer Frauenverbänden getragenen Zentralen Hilfsausschuss vom Roten Kreuz, Abteilung Hilfesuchende, delegiert hatte.⁵⁷ In der Forschung wird auf die Zweischnidigkeit dieser Unterstützung hingewiesen: Einerseits waren Frauen nicht mehr direkt vom Lohn des Mannes abhängig; „die ehelichen Konflikte um das Haushaltsgeld gehörten für die Zeit der Einberufung der Vergangenheit an“; sie konnten „über ein eigenes Budget verfügen, das für manche das erste reguläre Einkommen darstellte“. Andererseits gerieten sie nach Ablösung privater männlicher Kontrolle auf diese Weise leicht in die Rolle von Objekten staatlicher oder staatlich abgeleiteter Kontrolle.⁵⁸ Der theoretisch zwar erweiterte Handlungs- und Entscheidungsspielraum von Ehefrauen durch eine vom Ehemann unabhängige Finanzierung wurde zudem praktisch dadurch sofort gegen Null reduziert, dass die Kriegsunterstützung sehr bald nicht mehr ausreichte, um die Familie anständig „durchzubringen“. Immer wieder gab es Klagen und Beschwerden, so dass Teuerungszulagen gewährt werden mussten, die jedoch von den Preisen bald wieder überholt wurden. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze sei dringend erforderlich, forderte z. B. die BBZ, weil die Fälle von Unterernährung sich mehrten und die Volksgesundheit ernsthaft bedroht sei.⁵⁹ Erschwerend kam hinzu, dass die Auszahlung der Unterstützung oft schleppend erfolgte, so dass die Frauen zeitweise mittellos dastanden. Der Bremer Soldat Robert Pöhland sah keine andere Möglichkeit, seine notleidende Familie zu unterstützen, als durch die Gewährung eines Arbeitsurlaubs. Er riet seiner Ehefrau, ein entsprechendes Gesuch an seinen

⁵⁷ Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen Bd.2, S. 630.

⁵⁸ Vgl. hierzu Kundrus a.a.O. S. 18 f.

⁵⁹ BBZ vom 3.9.1915.

Kompanieführer zu richten, „damit ich Euch etwas verdienen kann. ... Ich glaube, ich bekäme jetzt dort sofort Arbeit“. ⁶⁰ Er war Maurer von Beruf.

Die organisatorische Umsetzung des Unterstützungsprogramms lag, wie gesagt, beim Roten Kreuz und deren Vertreterinnen, durchweg bürgerlichen Damen, die sich moralisch verpflichtet fühlten, damit kontrollierende und erzieherische Aufgaben zu verbinden. Das hieß, Frauen der breiten Bevölkerungsschichten an die in bürgerlichen Kreisen herrschenden Standards von Haushaltsführung und Ordnung heranzuführen. Arbeiterfrauen galten bei ihnen ja in oft als unfähig, sparsam zu wirtschaften, worauf oben schon hingewiesen wurde. Das Auftreten der Rote-Kreuz-Damen bei Besuchen in Wohnungen der „Kriegerfrauen“ wurde denn auch von diesen oft als herablassend empfunden. Die SPD-Frau Helene Schweida arbeitete in den ersten Kriegsjahren trotz innerer Vorbehalte im Rahmen des Roten Kreuzes mit den bürgerlichen Frauenverbänden in der Abteilung Hilfesuchende zusammen. Sie hatte mehrfach scharfe Auseinandersetzungen mit dem Vorstand, weil sie „die Positionen der bürgerlichen Frauen als anmaßend wahrnahm“. ⁶¹ Die ganze Empörung der „betreuten“ Soldatenfrauen geht aus den Worten der Tochter Anna Pöhlands hervor:

„Und wie hat Mutter sich immer mit den `Dämchen` rumschlagen müssen – so nannte sie die bürgerlichen Frauen vom Roten Kreuz ... Die Dämchen kamen in die Wohnungen, um zu gucken, ob alles sauber war und ob die Frauen anständig lebten, sonst wurde die Unterstützung gestrichen. Da wurde rumgeschnüffelt, und obendrein arbeitete das Rote Kreuz noch mit der Polizei zusammen.“ ⁶²

Den im ganzen Land bei Behörden und in bestimmten Kreisen verbreiteten Vorwurf von der angeblichen Verschwendungssucht der „Kriegerfrauen“, die die ihnen gewährte Unterstützung unvorschriftsmäßig verwendeten, glossierte der „Vorwärts“ so:

„Früher war es der Champagner trinkende und Auto fahrende Maurergeselle, der manch brave Seele nicht schlafen ließ, heute ist es die in den Cafés bei Kuchen und Schlagsahne ihre Kriegsunterstützung verprassende Kriegerfrau, die vielen die mehr oder weniger verdiente Nachtruhe raubt“. ⁶³

Wie groß die Angst der Unterstützungsempfängerinnen vor Schmälerung der staatlichen Zuwendung, aber auch, wie stark die Gesellschaft politisch und sozial gespalten war, zeigt der Bericht einer Frau, abgedruckt in der sozialdemokratischen Bremer Bürgerzeitung. Danach hätten hunderte von Arbeiterfrauen diese Zeitung abbestellt, um ja nicht als verschwenderisch zu gelten oder als solche, die den „Burgfrieden“ gefährdeten. Von der „kriminalistische[n]

⁶⁰ Kachulle a.a.O. S. 188.

⁶¹ Inge Marszolek, Liebe und Politik im Ersten Weltkrieg: Der Briefwechsel Helene und Wilhelm Kaisen, in: Michael Grüttner u.a., Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt/New York 1999, S. 150.

⁶² Kachulle a.a.O. S. 27 f.

⁶³ Ute Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, Göttingen 1989, S. 178.

Kontrolle“ ist die Rede, „wie sie seitens der bürgerlichen Damen angewandt wurde, um die Bedürftigkeit der Arbeiterfrau festzustellen“. Manche sozialistischen Frauen hätten sogar, um nur ja den Vorstellungen der Damen zu entsprechen, ihre Überzeugung verleugnet, was sogar dazu geführt habe, dass sie ihre Kinder hätten taufen lassen.⁶⁴

Einsatz von Frauen in der Kriegswirtschaft

Wirtschaftliche Not wegen der unzureichenden staatlichen Unterstützung einerseits und die Suche der Behörden nach Arbeitskräften als Ersatz für die eingezogenen Männer andererseits führten dazu, dass immer mehr Soldatenfrauen erwerbstätig wurden. Dem allgemeinen Arbeitskräftemangel sollte mit dem Reichsgesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ vom 5. Dezember 1916 abgeholfen werden. Danach war jeder männliche Deutsche zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr, soweit er nicht zum Militär einberufen war, zum Hilfsdienst in der Kriegsindustrie, bei Behörden, in der Landwirtschaft, der Krankenpflege und in kriegswichtigen Betrieben verpflichtet. Von den vollbeschäftigten Männern sollten in erster Linie diejenigen für den Hilfsdienst abgezogen werden, die durch Frauen, Jugendliche oder Männer über 60 ersetzt werden konnten. Eine Dienstverpflichtung für Frauen, obgleich an höchster Stelle durchaus diskutiert, wurde durch dieses Gesetz zwar nicht eingeführt, aber mit ihrem Einsatz wurde wie bisher gerechnet, galt er doch als ehrenhafte vaterländische Aufgabe. So hieß es in dem §2 des Gesetzes: „Einen gleichen Zwang für Frauen auszusprechen, erscheint entbehrlich in der Erwägung, daß die im Kriege bisher so bewährte Arbeitskraft der deutschen Frau auch ohne besonderen Antrieb wird bereit gestellt werden können.“⁶⁵ Zusätzlich forderten die Militärbehörden Anfang 1917 die Schulbehörde auf, Freiwillige aus der Schülerschaft zu melden. Ab Februar arbeiteten mehr als 2000 über zwölfjährige Schuljungen mit Einverständnis ihrer Eltern in der Landwirtschaft; der Unterricht fiel monatelang aus.⁶⁶ Auch Schülerinnen aus den höheren Mädchenschulen arbeiteten des Nachmittags drei Stunden in Parzellen.⁶⁷

Der reichsweit millionenfache Arbeitseinsatz von Frauen außerhalb der Familie seit Beginn des Krieges wurde im Kriegsministerium in Berlin zwar gewürdigt; dennoch war man sich im Februar 1917 sicher, dass Frauen immer noch die größte Arbeitskraftreserve darstellten und

⁶⁴ BBZ 4.3.1916.

⁶⁵ StAB 3-M.2.h.2.Nr. 97 /1/.

⁶⁶ Schwarzwälder a.a.O. S.622 f.

⁶⁷ BBZ 22.3.1917.

man die Organisation von Frauenarbeit forcieren müsse, um die Wirkung des Hilfsdienstgesetzes zu erhöhen. Dabei waren sich die Herren darüber klar, dass familiäre Verpflichtungen zu berücksichtigen und entsprechende Fürsorgemaßnahmen nötig und besser zu koordinieren seien – dieses allerdings nicht aus Sorge um die Frauen und Kinder, sondern ganz nüchtern, „um die Arbeitsleistung der arbeitenden Frauen nach Möglichkeit zu steigern“.⁶⁸

In Bremen wurde auf Verordnung der überörtlichen Militärbehörde im April 1917 eine Frauenarbeitsmeldestelle eingerichtet- angegliedert der Bremer Zentrale für Arbeitsnachweis, untergebracht Am Wall 190/91 im Gebäude der Ortskrankenkasse. Zu ihr gehörte eine Frauenarbeitsberatungsstelle, die die sich für den Vaterländischen Hilfsdienst meldenden Frauen und Mädchen beriet, ihnen Stellen vermittelte und, wenn nötig, Familienhilfe und Kinderbetreuung organisierte. Im Vorstand der übergeordneten Bremer Zentrale für Arbeitsnachweise waren neben Senatoren, Vertretern der Kirche und anderen Würdenträgern auch die bremischen Frauenverbände vertreten.⁶⁹ Hier griff man also auf die Einbindung der Frauenorganisationen in kriegswirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen zurück, wie sie sich bereits seit Beginn des Krieges auf überregionaler und lokaler Ebene, hier in Form des Zentralen Hilfsausschusses des Roten Kreuzes, bewährt hatte. Auch wenn das Gesetz vom 5. Dezember 1916 keine Dienstverpflichtung von Frauen vorsah, so war der Arbeitseinsatz von Frauen doch keineswegs freiwillig. Auf Empfängerinnen von Kriegsunterstützung – und das waren viele - wurde ganz im Gegenteil massiver Druck ausgeübt. Durch Schreiben der Frauenarbeitsmeldestelle **((Datum???)** wurden die Bremerinnen aufgefordert, sich zur Arbeit auf Staatsländereien zu melden, die zum Gemüseanbau genutzt werden sollten, um die Versorgungslage zu verbessern. Es galt, wie es an anderer Stelle hieß, „gemeinsam deutschen Boden fruchtbar [zu] machen“.⁷⁰ Auch bei Landwirten sollten Frauen eingesetzt werden; denn Kriegsgefangene konnten die Zahl der fehlenden Männer nicht ausgleichen.⁷¹ „Es ist die Pflicht jeder Frau, im vaterländischen Interesse ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen. In besonderem Maße besteht die Verpflichtung zur Arbeit für Kriegerfrauen und andere

⁶⁸ Schreiben des Kriegsministeriums an den Reichskanzler vom 1.2.1917, in der Akte StAB 3-M.2.h.2.Nr. 97 /52/.

⁶⁹ Im Protokoll einer Sitzung im Polizeihaus werden folgende Namen genannt: Frl. Migault, Frau a. Ahrens, Fraue Sonny von Engelbrechten (Vaterländischer Frauenverein), Frl. Dr. Rodewald (Frauenstadtbund), Frl. Sattler (aktiv in diversen bremischen Wohlfahrtseinrichtungen), Frau M. Bahnson (u.a. Frauenerwerbs- und Ausbildungsverein Bremer Hausfrauenverein, Frl. Seehoff, Frau H. Harder (SPD), Frau N. Arens, Frl. W. Hildebrandt, Frl. Godt. StAB 3-M.2.h.2.Nr. 97 /52/.

⁷⁰ Aus einem Aufruf, abgedruckt in der BBZ vom 7.4. 1917 „Frauen Bremens! Das Vaterland fordert Eure Dienste. ...“

⁷¹ Vgl. Hierzu Schwarzwälder a.a.O.S.632, 635

Angehörige von Kriegsteilnehmern, die Unterstützung beziehen.“⁷² Der Verdienst von 25 bis 35 Pfennig pro Stunde werde höchsten zur Hälfte auf die Unterstützung angerechnet. Bei nicht genügenden Meldungen werde man die „vom Reichskanzler vorgesehene Maßnahmen zur Heranziehung von Arbeitskräften“ ergreifen. Zu diesen Maßnahmen gehörte, dass Soldatenfrauen den Anspruch auf Unterstützung verloren, „wenn sie es ohne genügenden Grund ablehnten, eine für sie passende Arbeit zu übernehmen“.⁷³ Das Kriegsamt hatte über den Reichskanzler alle Bundesstaaten aufgefordert, arbeitslose Frauen zu melden, da der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften für die Rüstungsindustrie nicht gedeckt sei. Behörden sollten einschreiten, wenn Frauen, obgleich geeignet, sich weigerten. „Sich weigernde Frauen brauchen dann auch keine Unterstützung“.⁷⁴

Bekanntlich arbeiteten Frauen 1. Weltkrieg nicht nur im Gemüseanbau, sondern im Büro – im Arbeitsnachweis an der Kleinen Helle sollten sich weibliche Arbeitskräfte mit Büroerfahrung melden – in Verkehrsbetrieben – „Die Frau mit der Dienstmütze ist zur alltäglichen Erscheinung geworden“⁷⁵ – im Handwerk – „Meisterkurse für weibliche Handwerker von Gewerbekammer beabsichtigt“⁷⁶ – und in der auf Kriegswirtschaft umgestellten Industrie, und zwar in allen Industriezweigen. Arbeiteten Mitte August 1914 in der Branche Metallverarbeitung 7 842 Männer und 15 Frauen, so waren es Anfang Oktober 1918 13 408 Männer und 1589 Frauen.⁷⁷ Hier einige Beispiele aus Bremer Betrieben der Metallverarbeitung, wo immer mehr Frauen für schwere und gefährliche Arbeiten eingesetzt wurden. Als besonders schwer galt die Herstellung von Granaten⁷⁸: Die Firma Carl Franke auf dem Neuenlander Feld, seit der Jahrhundertwende führendes Unternehmen in der Gasversorgungsindustrie, stellte im 1. Weltkrieg zwangsweise auf Rüstungsproduktion um und beschäftigte schon Ende 1915 wegen Mangels an Drehern 200 Frauen und Mädchen zum Granatendrehen. **((hier einfügen: zusätzliche Leb.marken für Dreher, galten als Schwerstarbeiter s.KK „Ernährung“9 u. 10, hoffentlich auch für Dreherinnen, nur männl. Form benutzt))** Der Bedarf wurde immer größer; ab November 1917 und noch im November 1918 erschienen in der BBZ mehrmals wöchentlich Anzeigen dieser Firma: „Eine größere Anzahl Frauen und Mädchen für meine Dreherei und für Fabrikarbeiten gesucht.“ Die Bremer Silberwarenfabrik stellte nicht mehr edle Bestecke her sondern Munitionsteile – auch

⁷² **ERGÄNZEN!**

⁷³ StAB 3-M.2.h.2.Nr.97/52/. **DATUM ergänzen!!**

⁷⁴ StAB 4,20-191-33 (Frauenarbeit Bremerhaven).. Schreiben Absender Reichskanzler, Reichsamt des Inneren vom 4.6.1917.

⁷⁵ BBZ 2.7.1915.

⁷⁶ Ebda. (2.7.15)

⁷⁷ StAB 3-G.4.g.Nr.32 /13/, Bericht der Gewerbeinspektion der Jahre 1914-1918, Bl. 123.

⁷⁸ Für das Folgende BBZ 15.12.1915.

mit Hilfe von 60 Frauen und Mädchen. In der Motoren- und Automobilbaufabrik Hansa-Lloydwerke in Hastedt arbeiteten Frauen an Bohr- und Schleifmaschinen und an Drehbänken; Auch diese Werke stellten noch im September 1918 „Frauen und Mädchen ... für die verschiedensten Arbeiten sofort ein.“⁷⁹ Die Norddeutsche Waggonfabrik AG Bremen Hastedt suchte im Juni 1918 „Frauen für unsere sämtlichen Abteilungen für sofort“. Auf der Norddeutschen Hütte in Oslebshausen, Produzent von Roheisen, verluden sie Erze und Eisen, verrichteten Erdarbeiten und schleppten Säcke. Auch in der eigentlich ur-zivilen Holz- und Möbelindustrie stellten Frauen Produkte für den Krieg her: an Kreis- und Bandsägen, Bohr- und Hobelmaschinen produzierten sie Holzkisten für Munition und Gewehrkolben. Beim Bedienen einer Fräsmaschine hatte sich eine im Umgang mit solchem Gerät völlig unerfahrene Arbeiterin eine schwere Verletzung zugezogen. Die BBZ fragte mißtrauisch, ob vielleicht Frauen wegen deren geringerer Löhne an solch komplizierten Maschinen eingesetzt würden.⁸⁰

Löhne

Die Frage war berechtigt. Zwar waren die Löhne in der Rüstungsindustrie allgemein etwas höher als in anderen Branchen, auch stiegen die Löhne von weiblichen Industriearbeitern während des Krieges etwas stärker an als die von männlichen, aber der Abstand zwischen beiden blieb erheblich. Der Durchschnittstageslohn in der Metallindustrie, wo man/frau außer in der Elektro- und Chemieindustrie im Krieg am besten verdiente, betrug im September 1914 für Frauen 1,64 RM, für Männer 5,67 RM; im September 1918 für Frauen 6,65 RM, für Männer 12,93 RM.⁸¹ In einer Versammlung des Bremer Metallarbeiterverbandes wurde die allgemein herrschende Meinung über die angeblich üppigen Löhne der Rüstungsarbeiter zurückgewiesen, zwar seien die Löhne um 50% gestiegen, die Preise aber um 150-200%. Für den Zeitraum April/Mai 1918 wurden folgende Angaben über „Bremer Munitionsbetriebe, am Beispiel eines Betriebes, der zu den besten gehört“ gemacht: „... Granatendreher 40,68– 70,20 RM pro Woche, Arbeiterinnen 35,10 – 41,04 RM pro Woche.“⁸² Frauen konnten sich laut Bericht der Gewerbeinspektion in der Munitionsindustrie von Hilfsarbeiterinnen zu Hilfsfacharbeiterinnen qualifizieren lassen. In der Werkstatt zusammen mit Facharbeitern

⁷⁹ BBZ 7.9.1918.

⁸⁰ BBZ vom 16.6.1915.

⁸¹ Reichsarbeitsblatt 18,1920, zit. nach Daniel a.a.O. S. 113 f.

⁸² BBZ vom 22.7.1918. Weitere Zahlen liefert der Bremer „Bericht der Gewerbeinspektion der Jahre 1914-1918“, Abschnitt B Arbeiterinnen auf S.146. Danach verdienten Dreher in der Metallverarbeitung – Stand 1.10.1916 – einen Stundenlohn von 55 Pfennig, Dreherinnen 26 Pfennig. StAB 3-G.4.g.Nr. 32 /13/. -

sollten sie lernen können, „selbständig nach Zeichnungen an Werkzeugmaschinen oder Schraubstock zu arbeiten und alle in der Granatenbearbeitung vorkommenden Dreharbeiten lernen.“⁸³ Viel wird das finanziell nicht gebracht haben; die Lohnschere zwischen den Geschlechtern klappte den ganzen Krieg über weit auseinander: „Der offizielle ortsübliche Tagelohn für Männer blieb in Bremen auf 4 RM und für Frauen auf 2,20 bis 2,60 RM stehen.“⁸⁴

Die sozialdemokratische Bremer Bürgerzeitung kritisierte immer wieder die Praxis der Fabrikanten, Frauen als billige Arbeitskräfte zu benutzen und sie damit zu Lohndrückern auch für Männerlöhne zu machen, als ausbeuterisch. Unternehmer hätten bereits geäußert, dass „die niedrigen Frauenlöhne ein Vorzug [sei], den man auch nach dem Kriege nicht missen möchte“.⁸⁵

Mancherorts wurde der Einsatz der Frauen überschäumend gelobt: „Die Frau hat ihre Meisterprüfung bestanden“ oder „Die Frauen haben im Kriege den Männern Gleichwertiges geleistet“⁸⁶ Aber von gleichem Lohn für gleiche Arbeit war nicht die Rede. Geschätzt wurde „die Willigkeit“ der Frau; sie sei „frei von naseweisem Besserwissenwollen“.⁸⁷ Wie bequem für die männlichen Kollegen! Weibliche Arbeitskräfte galten eben als willig und billig. „Heuchelei“ nannte es ein Redakteur der BBZ, wenn von „Kriegsheldinnen“ in Presse und Öffentlichkeit die Rede sei, die angeblich aus purem Patriotismus arbeiteten und daher die Löhne nicht für so wichtig hielten. In Wirklichkeit triebe die „nackte Existenznot“ die Frauen in die Fabriken.⁸⁸ Helene Schweida appellierte immer wieder an ihre Geschlechtsgenossinnen, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, nur so könnten Ausbeutung und Lohndrückerei bekämpft werden.

Auswirkungen auf die Gesundheit der Frauen

Die Bremer Gewerbeinspektoren stellen in ihrem Bericht für die Jahre 1914-1918 fest – verwundert –, dass der Krieg „der Volksgesundheit im allgemeinen und dem Heimatindustrieheere im Besonderen schwere Wunden geschlagen hat“. Die Kräftigsten seien eingezogen und die Ersatzkräfte wiesen weniger Widerstandskraft auf. Gerade für Frauen gelte das, die vorher nur hauswirtschaftlich oder in körperlich weniger anstrengenden Berufen

⁸³ Ebda. S.76

⁸⁴ Schwarzwälder a.a.O. S.636.

⁸⁵ BBZ vom 17.2.1916.

⁸⁶ Die BBZ vom 2.7.1915 druckt einen entsprechenden Artikel ab.

⁸⁷ Aus dem Artikel eines Diplomingenieurs in der Frankfurter Zeitung, den die BBZ vom 18.2.1916 vorführt.

⁸⁸ BBZ 5.7.1915.

gearbeitet hätten. Sie hätten aber „unbekümmert um die Gefahren, welche der Betrieb zahlloser Maschinen der neuzeitlichen Industrie mit sich bringt, ihre schwere Pflicht erfüllt.“⁸⁹ Nicht nur die Verletzungsgefahr an Maschinen machte den Arbeiterinnen zu schaffen, sondern die sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen. Denn schon durch Bundesratsverordnung vom 4. August 1914 waren die Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche stark eingeschränkt worden, da sie deren Beschäftigungsmöglichkeiten in Industriebetrieben begrenzten. Das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt in Berlin bestimmte im Oktober 1916, alle frauenrelevanten Bestimmungen der Gewerbeordnung zu ignorieren, falls das von Kriegslieferanten beantragt werde. Es wurde zwar nicht die damit verbundene Gefahr für die Gesundheit der Frauen verkannt, aber die Sicherstellung des Heeresbedarfs hatte Vorrang.⁹⁰ Laut Bericht der Bremer Gewerbeinspektion wurden in der dunklen Jahreszeit Arbeitspausen oft verkürzt oder fielen ganz weg, da wegen der Kohleknappheit an Beleuchtung und Heizung gespart werden musste. Bedenken gegen Nachtarbeit von weiblichen Beschäftigten wurden von Gesundheitsrat und Gewerbeinspektion zurückgestellt, als die Norddeutsche Hütte zur Aufrechterhaltung des Betriebes dringend den Einsatz von Frauen für bestimmte Arbeiten im Hochofenbetrieb und im Zementwerk auch des Nachts forderte.⁹¹ Um die rechtzeitige Belieferung der Truppe mit Waren aller Art zu sichern, wurden außer Nachtarbeit in großer Zahl Überstunden für Frauen bewilligt – z.B. auch in Schuhmacherbetrieben, damit die Feldgrauen mit Stiefeln versorgt werden konnten. Den Gewerbebeamten war klar, welcher Raubbau an der Gesundheit der Frauen getrieben wurde. In ihrem Bericht heißt es mitfühlend: „Die angestrengte Tätigkeit während der langen Kriegsdauer, die erhöhten Sorgen um die Befriedigung ihrer Familie sowie die immer schlechter werdenden Ernährungsverhältnisse mussten dazu führen, den an sich schon geschwächten Körper durch Über- und Nachtarbeit noch weiter zu schädigen“. Deshalb würden entsprechende Anträge der Betriebe genau geprüft.⁹² Nicht nur Sorge um die Befindlichkeit der einzelnen Frau war es, was die Öffentlichkeit beschäftigte, sondern die Sorge, der Bestand der deutschen Nation sei gefährdet, wenn die Frauen körperlich zu sehr geschwächt seien. Obermedizinalrat Dr. Tjadens stellte in einem Vortrag im Rahmen d Ausstellung „Mutter und Säugling“ im „Museum“ am Domshof besorgt fest, dass sich die Zahl der Geburten in Bremen zwei Jahre nach Kriegsbeginn gegenüber der

⁸⁹ Bericht der Gewerbeinspektion a.a.O. S. 72, Bl.185.

⁹⁰ Daniel a.a.O. S.71 f.

⁹¹ Bericht der Gewerbeinspektion a.a.O. S. 74. Immerhin sollte besonders bei Frauen mit Kindern in jedem Einzelfall geprüft werden, „wie dem gesundheitlichen Schutz möglichst Rechnung getragen werden konnte“. Ebda. S. 85.

⁹² Ebda. S. 82

Vorkriegszeit halbiert hatte. „Das deutsche Volk muß stark und zahlreich sein,“ so die Leitlinie seines Vortrages. Deswegen müsse das Heiratsverhalten verändert werden, Paare sollten früher heiraten. „Jede Eheschließung ist eine Leistung des einzelnen für die Gesamtheit“, entsprechend müsse das „Aufziehen von Kindern ... als wirtschaftliche Leistung anerkannt werden“, die der Staat durch Fürsorgemaßnahmen für werdende Mütter, Säuglinge und Kleinkinder stützen müsse. Dazu gehörte auch, Schwangere zwei Monate vor der Niederkunft von Erwerbsarbeit freizustellen.⁹³ Forderungen nach grundlegenden Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Frauen wurden in dieser Rede nicht erhoben.

In Artikeln sozialdemokratischer Autoren und Autorinnen dagegen wurde der Zusammenhang zwischen Härten im Industrielltag von Frauen und Bevölkerungsentwicklung offen angesprochen. „Werden die Unterleibsorgane der Frauen bei der Arbeit sehr angestrengt?“ Das zu prüfen, sei wichtig wegen der Gesundheit der kommenden Generation.⁹⁴ Folgerichtig wurde die Aufhebung der Notverordnung vom 4. August 1914 gefordert, die den Arbeiterinnenschutz ja praktisch aufgehoben hatte. Andernfalls könnten Frauen „die Pflicht gegenüber der Gesellschaft, die Mutterschaft, nicht erfüllen“. Bei aller Betonung der Bedeutung der Mutterschaft - in Kreisen der Sozialdemokratie wollte man aber keineswegs „die Frau zu unbeschränkter Gebärtätigkeit anregen.“⁹⁵ Der Zusammenhang von Fabrikarbeit der Frauen und Säuglingssterblichkeit wurde wiederholt thematisiert, weshalb der Einsatz von Frauen auf Baustellen, in Ziegeleien und bestimmten chemischen Betrieben zu verbieten sei.⁹⁶ Sozialdemokratische Frauenorganisationen sahen sich auch in der politischen Verantwortung für eine „vernünftige“ Bevölkerungspolitik für die Zeit nach dem Krieg. Senat und Bürgerschaft müssten dazu gebracht werden, eine gute Sozialpolitik zu betreiben, um „Hemmnisse des Willens zu Fortpflanzung“ zu beseitigen.⁹⁷

„Die bevölkerungspolitische Schwerpunktssetzung (ausgebaut wurden vor allem Mütter- und Säuglingsfürsorge, ... Kinderkrippen und Haushaltungs- und Kinderpflegekurse für Frauen und Mädchen) wurde geradezu zu einem Charakteristikum der lokalen und regionalen Sozialpolitik der Kriegszeit.“⁹⁸ Auch in Bremen war dabei die Zusammenarbeit von kommunaler Behörde und karitativen Frauenverbänden (s. Beitrag von Edith Laudowicz), konstitutiv.

⁹³ Bericht über den Vortrag von Dr. Tjaden in BBZ vom 4.7.1917

⁹⁴ BBZ vom 2.10.1915 „Wie lebt die erwerbende Frau?“

⁹⁵ BBZ vom 12.7.17 Bericht über eine dänische Untersuchung zu Kindersterblichkeit.

⁹⁶ BBZ vom 27.10.1916 „Frauenerwerbsarbeit und Arbeiterinnenschutz“. BBZ vom 9.1.1917 „Familienpolitik und Frauenarbeit“.

⁹⁷ BBZ vom 12.7.1918 „Über künftige Bevölkerungspolitik“.

⁹⁸ Daniel a.a.O. S.155.h

Kinderbetreuung

Nicht nur aus bevölkerungspolitischen Gründen war die öffentliche Fürsorge für Kinder, besonders für Kleinkinder, wichtig, sondern auch aus arbeitsmarktpolitischen. Als immer mehr Männer eingezogen wurden, das Vaterländische Hilfsdienstgesetz in Kraft getreten war und die Frauenarbeitsmeldestelle gegründet war, wurde der Bedarf an Frauenerwerbsarbeit immer größer. Umso dringlicher wurde es zu verhindern, dass Frauen ihre Kinder als Grund angeben konnten, die Aufnahme von Arbeit abzulehnen. Es mussten also „Maßnahmen zur Unterbringung aufsichtsloser Kinder arbeitender Frauen während des Krieges“⁹⁹ ergriffen werden. In diesem Zusammenhang ist das Protokoll einer Sitzung interessant, zu der Senator Hildebrandt als Vorsitzender der Senatskommission für Wohlfahrtseinrichtungen zum 14. April 1917 in das Neue Rathaus eingeladen hatte. Geladen waren Leiter und Leiterinnen von Kinder- und Säuglingsheimen sowie „Kinderbewahranstalten“, ferner Vertreter des Jugendamts sowie Vorsitzende von Wohlfahrtsverbänden, männliche wie weibliche. Es ging darum, „dafür zu sorgen, daß tunlichst alle Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die namentlich für Frauen mit Kindern die Übernahme von Arbeit außer dem Hause, eventuell auch außerhalb Bremens, im Wege stehen.“ Die besonderen Kriegsverhältnisse erforderten es, „daß möglichst viele Frauen zur Arbeit veranlasst werden; keine soll durch ihre Kinder daran gehindert werden“, heißt es im Protokoll. Manche Frauen benutzten ihre Kinder „nur als Ausrede“. Das müsse durch Ausweitung der Kinderbetreuung unmöglich gemacht werden. Bestehende Einrichtungen sollten morgens früher öffnen und abends später schließen, auch während der Sommerferien offen gehalten werden. Einwände, das lohne sich nicht, weil in den Ferien die ältern Kinder zu Beaufsichtigung der jüngern genutzt würden, ließ Senator Hildebrandt nicht gelten. Falls die Kindergärten zeitweise geschlossen würden, könne das „für gut verdienende Munitionsarbeiterinnen eine willkommenen Gelegenheit bieten, nun auch selbst Ferien zu machen. Dies soll möglichst verhindert werden.“ Sonny v. Engelbrechten, Bremer Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins, stieß in dasselbe Horn. Die Einrichtungen müssten unbedingt offen gehalten werden. Denn, wenn auch nur in zehn von ihnen jeweils zehn Kinder anwesend seien, „so können dafür hundert Mütter arbeiten.“ Teilnehmer dieser Sitzung machten deutlich, dass manche Mütter wegen möglicher Ansteckungsgefahren – „gemeinsame Benutzung von Schwamm und Handtuch“ – Bedenken gegen öffentliche Kinderbetreuung, besonders gegen Krippen, hätten. Auch bestände gerade bei Arbeiterinnen die Ansicht, diese Einrichtungen seien nur etwas für arme Familien. Trotz

⁹⁹ Bezeichnung der Akte 3-M.2.h.2.Nr. 29 /296/ im StAB.

mancher Einwände wurde beschlossen, die Öffnungszeiten von Einrichtungen für Kinderbetreuung in Bremen zu erweitern.¹⁰⁰ Um die Qualifikation von Betreuerinnen in öffentlichen Einrichtungen zu verbessern, boten Bremer Frauenvereine Kurse in Säuglingspflege und Kindergartenarbeit.

Zeitgenössische Umfragen zeigen, dass Kindergärten,- krippen und –horte von erwerbstätigen Frauen generell weit weniger genutzt wurden, als zunächst angenommen worden war. In den weitaus meisten Fällen wurden Verwandte oder Nachbarn zur Kinderbetreuung herangezogen. Manch ein Kind blieb auch unbeaufsichtigt. „Kleinkinder irren ungewaschen herum“, hieß es anklagend in der BBZ.¹⁰¹ Es kam vor, dass Mütter bis zu 15 Stunden von zu Hause abwesend waren. Krippen wurden während des Krieges sogar weniger herangezogen als in der Vorkriegszeit. Neben den in der Sitzung im Bremer Rathaus deutlich gewordenen Vorbehalten werden natürlich dabei auch finanzielle Gründe eine Rolle gespielt haben.¹⁰² Hinzu mag kommen, dass in Bremen die Beschäftigung von Fabrikpflegerinnen nur eine marginale Rolle gespielt hat. Diese Frauen, die reichsweit auf Veranlassung von zentralen Stellen von Unternehmern eingestellt werden konnten, hatten unter anderem die Aufgabe, Arbeiterinnen bei der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Kinder zu unterstützen. Da sie andererseits aber auch die häuslichen Verhältnisse im Hinblick auf Unterstützungswürdigkeit überprüften, waren sie nicht sehr beliebt.¹⁰³

Exkurs: Frauenarbeit nach Kriegsende? (Noch ausarbeiten!!)

Dazu U. Daniels Aufsatz u. L. Zietz, in BBZ. Frauenarbeit wird bleiben. Gewerkschaften Angst vor Schmutzkonkurrenz. Altmann-Gottheimer: Frau nur Platzhalterin für den Mann (Daniel S. 83)

Frauenarbeit und Frauenrechte

Im Zusammenhang mit dem kriegsbedingten Einsatz von Frauen konnte man immer wieder Elogen auf die Aufopferungsbereitschaft, die klaglose Pflichterfüllung, die Geduld, die Willigkeit, ja, die Heldenhaftigkeit der deutschen Frau lesen. - Pflicht ja, aber wo blieb das Recht? Ein Artikel in der BBZ mit dem Titel „Ehret die Frauen!“ drückt das Problem so aus:

¹⁰⁰ Protokoll vom 14.4.1917 ebda.

¹⁰¹ BBZ vom 17.8.1917.

¹⁰² Vgl. hierzu Ute Daniel a.a.O. S. 103 f.

¹⁰³ Vgl. hierzu ebda S. 101 ff. und StAB 3-G.4.g.Nr. 32/13/ Bericht der Gewerbeinspektion j1914-1918 S. 88.

„Pflicht, Pflicht, Pflicht. ... Von Recht ist leider nie die Rede. ... Wann wird der Bremer Ultraphilister sich überwinden und Frauenrecht für ebenso selbstverständlich als Frauenpflicht halten? Wann wird man sich durch die ins Endlose geseigerte Frauenpflicht zu der edlen Tat begeistern lassen, den Frauen unbegrenzte Staatsbürgerrechte zu geben? Solange es nicht geschieht, ist es Lug und Trug, zu sagen und zu singen: Ehret die Frauen.“¹⁰⁴

Für den „willigen“ Einsatz an der Heimatfront, für ihre Bewährung in Berufen, die bis dahin nur von Männern ausgeübt wurden, für ihr Schuften an der Drehbank wie Männer auch in Nachtschichten verlangten politisch engagierte Frauen, in erster Linie Sozialdemokratinnen, nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, nein, sie verlangten noch mehr, nämlich gleiche bürgerliche Rechte wie Männer. In einer großen Versammlung zum Internationalen Frauentag 1916 im Bremer Versammlungslokal „Casino“ Auf den Häfen hielt Luise Zietz, Frauenreferentin im SPD-Parteivorstand, einen Vortrag über das Thema „Frauenerwerbsarbeit und Staatsbürgerrecht“. Sie prangerte die Lohnungleichheit an, sprach auch von Pflichten der Frau, aber von Pflichten, die sie als gleichberechtigte Staatsbürgerin erfüllen wolle. Dazu gehörte das passive und aktive Wahlrecht für Frauen. Helene Schweida forderte dazu auf, innerhalb sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisationen für Frauenrechte zu kämpfen. Hausfrauenvereinigungen könnten da nicht helfen.¹⁰⁵ Weiter wurde gefordert und appelliert: Die Frauen müssten endlich mitbestimmen können und politischen Einfluss im öffentlichen Raum ausüben, denn überall seien ihre Interessen berührt, z.B. bei der Frage der Steuern, die sie als Erwerbstätige zu zahlen hätten oder bei sozialpolitischen Entscheidungen über Schutz von Schwangeren und Säuglingen und bei Regelungen über Arbeitszeiten. Deshalb sei eine Reform der Verfassung überfällig. Der Staat, der nach dem Krieg aufgebaut werden müsse, werde ein Volksstaat sein, der Friedensaufgaben zu lösen habe. „Das Volk aber besteht aus der Gemeinschaft von Männern und Frauen. ... Verdammt sie [die Frauen] nicht länger zur Rechtlosigkeit ! Gebt ihnen die politischen Rechte!“¹⁰⁶

Im Unterschied zur proletarischen stellte die bürgerliche Frauenbewegung ihre Forderungen nach politischer und sozialer Gleichberechtigung für die Dauer des Krieges als unangemessen und kleinlich weitgehend zurück. „Das bedeutete nicht nur, dass die Frage des Frauenwahlrechts ... nahezu völlig aus der öffentlichen Diskussion verschwand; es bedeutete auch, und vor allem, dass die [bürgerliche, die Verf.] Frauenbewegung ausdrücklich darauf verzichtete, aus den Tätigkeiten und Lasten, die ihnen selbst und der weiblichen Bevölkerung

¹⁰⁴ BBZ vom 6.4.1918.

¹⁰⁵ Bericht über die Versammlung in BBZ vom 17.3.1916. Vgl. auch Stuckmann a.a.O. S.89.

¹⁰⁶ BBZ vom 23.10.1918 „Und die Frauen?“ und BBZ vom 2.5.1917 „Die Frauen und die Verfassungsreform“.

insgesamt im Krieg zuwachsen, irgendwelche moralisch-politischen Rechte abzuleiten.“¹⁰⁷
Verantwortungsbewusste Frauen ließen sich nicht zu „billigem Triumph“ verleiten, wie es eine ihrer Führerinnen, ein Vorstandsmitglied des BDF (Bund deutscher Frauenvereine), ausdrückte.¹⁰⁸

Abweichend von dieser Haltung verzichtete in Bremen zumindest ein Teil der organisierten bürgerlichen Frauenbewegung (**der linke Flügel??**) keineswegs auf politische Forderungen. Wie im Beitrag von Edith Laudowicz gezeigt wird, stellte der Frauenstimmrechtsbund Ortsgruppe Bremen durchaus an die staatlichen Organe die Forderung nach Einführung des Frauenwahlrechts.

Ergänzen: Aug. Kirchhoff Rede auf Kongreß dt. Bund für Frauentimmrecht 1916
Frankfurt. Ihr Aufsatz Sept. 1917 „Frauenrechte-Volksrechte“ Wottrich S.118 ff.: Durch Krieg „Frauen auf neue Weise berechtigt, am politischen Leben mitzuwirken“

Auswirkungen des Kriegsalltags auf Partnerbeziehungen

Zum Schluss meines Beitrages möchte ich noch einen Blick auf einen sehr privaten Aspekt des Frauenalltags werfen, nämlich auf die Auswirkungen des Krieges auf die Beziehungen von Mann und Frau. Das soll hauptsächlich am Beispiel der veröffentlichten Auszüge aus dem Briefwechsel der Bremer Eheleute Anna und Robert Pöhland und des Ehepaares Helene und Wilhelm Kaisen, bis 1916 der Brautleute Helene Schweida und Wilhelm Kaisen, geschehen. Beide wurden oben schon mit einbezogen. Feldpostbriefe waren abgesehen von Kurzurlauben oft jahrelang die einzigen Kommunikationsmittel zwischen den Frauen an der Heimatfront und ihren Männern an der Front. Es war schwierig, damit eine gute Beziehung aufrecht zu erhalten, gab es doch zahlreiche Möglichkeiten zu Missverständnissen und Fehlinterpretationen. In den Briefen der beiden Frauen fällt auf, wie sehr sie sich nach ihrem Partner sehnen, wie groß ihre Sorge um sie ist, ihre Angst, er könnte verwundet werden oder gar den Tod auf dem Schlachtfeld finden. Aber es fällt auch auf, wie groß ihre eigene körperliche und seelische Erschöpfung ist. Dass sie den Kriegsalltag in keiner Weise beschönigen, etwa, um ihre Männer zu beruhigen, sondern im Gegenteil die Entbehrungen und den täglichen Kampf um Lebensmittel drastisch schildern, fällt ebenfalls auf. Die heftige Kritik vieler briefeschreibenden Ehefrauen an den durch den Krieg geschaffenen Zuständen und die Sehnsucht nach Frieden war allgemein den Militärbehörden ein Dorn im Auge,

¹⁰⁷ Daniel a.a.O. S. 83f.

¹⁰⁸ Ebda.

konnten doch diese Beschreibungen nicht ohne Rückwirkung auf die Soldaten und ihren Durchhaltewillen bleiben. (Daniel S. 150) **NOCH NICHT FERTIG**

WEITER:Spezifische Situation H. Schweidas, ihre Mehrfach-Arbeitsbelastung s. Müller und Inge M.

.....

Daniel S. 150 : „ein anderer Aspekt war die gegenseitige Entfremdung, die die lange Trennung und die unterschiedlichen Lebenssituationen herbeiführten.“ S. 151:“ Diese Entfremdung zwischen den Ehegatten – die auf familiärer Ebene die gesamtgesellschaftliche Trennung der kriegführenden Gesellschaft in die unvereinbaren Alltags- und Relevanzstrukturen von „Front“ und „Heimat“ widerspiegeln - dürfte für die einzelnen Familien die nachhaltigste Einwirkung des Krieges auf die Veränderung der ehelichen und familiären Beziehungen gewesen sein und diese bis weit über das Kriegsende hinaus beeinflusst haben“ (trifft auf Kaisers und Pöhlands nicht zu).

Erschöpfung, Überarbeitung nervliche Belastung Lebensüberdruß s.. auch H.

Schweida S. 225 ,227 Gesichtsröte psychosomatische Erkrankung s. auch Pöhlands S. 21 durch Unterernährung geschwächte Abwehrkräfte führen zu Krankheiten, je länger der Krieg dauert, desto mehr Fälle von Tuberkulose gibt es. „Ach, was kann man nur tun, um dem schrecklichen Leben jetzt ein Ende zu machen.“ So der Stoßseufzer einer Arbeiterfrau in einem Brief an ihren Mann an der Front. Der Gedanke an die Kinder und die Hoffnung auf seinen Urlaub richten sie wieder auf.¹⁰⁹

Männer werfen Frauen Lieblosigkeit vor, schreiben zu selten, gegenseitige Verletzungen

¹⁰⁹ Brief Anna Pöhlands vom 30.10.1916, in: Doris Kachulle (Hrsg.), Die Pöhlands im Krieg. Briefe einer Arbeiterfamilie aus dem I. Weltkrieg, Köln 1982, S. 204.

